



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

a/a

o.713-30(1) - THA/CUP

Bern, den 7. Januar 1992

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

VERTRAULICHGeht an:

- Teilnehmer des Führungsausschusses MINURSO des EDA/EMD:
 - EMD:
 - Herr Brigadier J. Schärli, AFM
 - Herr Divisionär P. Eichenberger, Direktor BASAN
 - Herr Oberst I Gst E. Bögli, GGST, UG Log
 - Herr U. Freiburghaus, GGST, Projektleiter
 - Herr U.P. Stebler, Infochef GGST
 - EDA:
 - Herr Botschafter J.-P. Keusch, DIO
 - Herr Botschafter F. Staehelin, DEH
 - Herr Botschafter P.-Y. Simonin, PA II
 - Herr E. Iten, DVA, Direktor a.i.
 - Frau R. Stöckli, DVA
 - Herr A. Brandel, PA II
 - Herr A. Knobel, Presse und Information
- Herr Botschafter Manz
- Sekretariat des Departementschefs
- Sekretariat des Staatssekretärs
- Schweiz. Botschaft Rabat
- Schweiz. Botschaft Algier
- Mission New York
- Generalsekretariat

MINURSO: Bericht des Sektionschefs UNO und internationale Organisationen
über seine Abklärungsmission in der Westsahara, vom 12. - 17. Dezember 1991

Sie erhalten beiliegend den oben erwähnten Bericht. Der eilige Leser möge sich an die Schlussfolgerungen unter Ziffer VII halten, die gewissermassen auch als Zusammenfassung gelten dürfen.

Der Botschaft in Rabat und der Mission in New York gebührt unser besonderer Dank für ihre tatkräftige Hilfe bei dieser Abklärungsmission.

Direktion für internationale
Organisationen
Der Direktor

Jean-Pierre Keusch



Von Interesse gewesen wären auch die Arbeit der Identifikationskommission (Abklärung der Stimmberechtigung der Sahraouis) und diejenige im humanitären bzw. Flüchtlingsbereich. Dies war jedoch nicht möglich, weil die entsprechenden Gesprächspartner wegen der Verzögerung des Operationsplans noch nicht im Territorium weilen bzw. Vorderhand weiter in New York stationiert sind.

Hervorzuheben ist ferner, dass auf Kontakte mit den Lokalbehörden bewusst verzichtet wurde, da dies im Interesse einer unparteilichen Haltung wohl Besuche auf algerischer wie marokkanischer Seite verlangt hätte.

Und als generelles "Caveat" möge diesem Bericht schliesslich der Hinweis vorangestellt sein, dass die darin enthaltenen Hintergrundinformationen zum Teil auch nicht restlos verifizierte, aber für die Stimmung in der MINURSO doch sehr aussagekräftige Gerüchte berücksichtigten; dies im Sinne des Sprichworts "Wo Rauch ist, ist auch Feuer".

II. Reiseprogramm und Gesprächspartner

1) Besuchte Orte

Die Reise ging, nach einem kurzen Abstecher auf die Botschaft in Rabat, von Casablanca aus ins MINURSO-Hauptquartier in Laâyoune, wo der grösste Teil der Gespräche stattfand. Von dort aus erfolgten mit einem Pilatus Porter der SMU Besuche in Smara, wo die 2. Klinik für die MINURSO im Aufbau ist und eine Sanitätsequipe aus einer provisorischen Unterkunft heraus ihren Auftrag erfüllt, sowie in Tindouf (Algerien), wo sich nebst den sahraouischen Flüchtlingslagern auch der UNO-Kommandoposten für den algerischen Teil des Operationsgebiets befindet.

2) Gesprächspartner

a) SMU:

- Oberst i Gst P. Schneider, Kdt SMU
- Major i Gst P. Segmüller, Kdt Klinik Laâyoune
- Major B. Kehrer, Chefarzt MINURSO und SMU
- Major R. Braschler, Hygiene-Offizier der MINURSO (zivil Kantonschemiker der Innerschweiz)

- Hauptmann B.R. Krättli, Pressebeauftragter MINURSO/SMU
 - Hauptmann P. Zwahlen, Kdt Klinik Smara
- und viele andere

b) Militärischer Teil der restlichen MINURSO:

- General Armand Roy, Force Commander
- Oberst Searidge, Stellvertreter des Generals und Chef Operationen
- Oberst Foran, Kdt der MINURSO für den algerischen Teil der Operation

c) Ziviler Teil der MINURSO

- Herr Harel, 3. Stellvertreter des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs (in Abwesenheit des 1. Stv., Rizvi, und des hospitalisierten 2. Stv., Ali Ouni)
- Finanzchef der MINURSO
- Oberstlt Vaz, Polizeichef der MINURSO

III. Gesamteindruck

Die SMU macht einen tadellosen Eindruck. Trotz der unvermeidlichen Probleme des Zusammenlebens unter schwierigen Bedingungen kann die Moral als sehr gut bezeichnet werden, was - nebst der kompetenten Führung - vor allem mit dem konkreten Bewusstsein der eigenen Nützlichkeit zusammenhängen dürfte. Die medizinische Betreuungstätigkeit vollzieht sich ungeachtet der Schwierigkeiten der MINURSO, ihren Gesamtauftrag zu erfüllen. Bisher gab es angesichts der Aufbauarbeiten für das medizinische Versorgungsdispositiv kaum Anlass zu Klagen über Langeweile. Ferner schufen die laufende Betreuung wie auch einzelne, relativ spektakuläre medizinische Eingriffe einen allgemeinen "Goodwill" gegenüber der SMU, welcher sich positiv auf deren Motivation auswirkt.

Demotivierend wirken dagegen - nicht nur auf die SMU - die inzwischen notorische Obstruktion Marokkos und das ungute Gefühl, dass sich die UNO diesem gegenüber bezüglich der Erzielung besserer Arbeitsbedingungen zu wenig durchsetzt. Ja, es gehen sogar Gerüchte um, wonach einzelne hohe zivile Beamte der MINURSO zu Gunsten Marokkos korrumpiert seien und dass auch der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs dagegen machtlos gewesen sei.

Objektiv kann unter dem Titel "Allgemeiner Eindruck" gesagt werden, dass die SMU ihren Auftrag zu Gunsten der MINURSO heute schon erfüllt und dass die MINURSO als ganzes zumindest den Teil ihres Auftrags, welcher der Waffenstillstandsüberwachung gilt, ebenfalls - wenn auch erst mit ca. 200 (von geplanten 500) Militärbeobachtern - ebenfalls erfolgreich erfüllt. Dies gilt es in jedem Falle im Auge zu behalten, wenn man das schweizerische Engagement in dieser Operation wie auch letztgenannte selbst ausgewogen beurteilen will.

IV. Politische Hintergründe (oder: "Von den Rückenschüssen gegen die MINURSO")

1. Das Problem der einseitigen Abhängigkeit der MINURSO von Marokko

Die Tatsache, dass der Sicherheitsrat in seiner Resolution zur Einsetzung der MINURSO im April 1991 die Frage der Hoheitsausübung in der Westsahara während der Uebergangsperiode zum Referendum nicht mit der nötigen Präzision geregelt hatte, ist weitgehend für die einseitige Abhängigkeit verantwortlich, in der Marokko die MINURSO gefangen zu halten vermag. Verschiedene Gesprächspartner aus der SMU, aber auch General Roy, drückten ihre Frustration darüber aus, dass die UNO gegenüber dem im Territorium nach wie vor völlig souverän waltenden Marokko über keine adäquaten Druckmittel verfüge. So war z.B. jeder Wasser- oder Stromanschluss der SMU Gegenstand aufreibender Bewilligungsverfahren. Jeder Akt der Kooperation wird von Marokko nach langem hinhalten dem Widerstand als grosszügige Konzession verkauft, obwohl er im Rahmen einer friedenserhaltenden Aktion selbstverständlich sein sollte. Dies gilt insbesondere auch für das grossenteils immer noch in Agadir blockierte MINURSO-Material, worauf angesprochen die Marokkaner offenbar gerne antworten: "Ne vous en faites pas; nous pouvons aussi vous fournir le nécessaire!" (natürlich zu anderen Preisen, ohne Qualitätsgarantie . . .).

In diesem Nervenkrieg hat die SMU mit ihrer hartnäckigen Salamtaktik wertvolle Positionen für die MINURSO und beträchtliches Ansehen für sich selbst (und die Schweiz) erungen. Es bleibt nun abzuwarten, ob und wie das vom Sonderbeauftragten Marokko abgerungene, aber nach wie vor der Absegnung durch das Generalsekretariat harrende "Status of Force Agreement" (Sitzabkommen mit Marokko) die Stellung der MINURSO weiter stärken wird. Leider deutet der Wechsel des Generalsekretärs nicht auf eine allzu schnelle Bereinigung. Und in der Zwischenzeit zementiert sich wohl die bei den MINURSO-Militärs (inkl. SMU) feststellbare Präferenz für die Polisario, die sich in scheinbarer Abkehr von früheren marxistischen und terroristischen Verwicklungen (Ausbildung der Tupamaros in Tindouf etc.) zusehends als die korrekte Konfliktpartei etabliert, die sich wie ihre Schutzmacht Algerien anstandslos an die Vorgaben des UNO-Plans hält.

Im übrigen sei zu diesem Punkt abschliessend festgehalten, dass der Kontrast zwischen dem vom marokkanischen Spionen wimmelnden Laâyoune, wo die UNO-Fahne im UNO-Hauptquartier nach wie vor nicht aufgezogen werden darf, und dem einsamen UNO-Kommando-Posten in Tindouf, wo die blaue und die algerische Flagge friedlich nebeneinander flattern, für den Besucher nicht augenfälliger sein könnte.

2. Die Zusammenarbeit mit dem UNO-Hauptquartier in New York und innerhalb der MINURSO

Die vorstehenden Ausführungen zur Haltung Marokkos leiten nahtlos über zur Frage der Position des UNO-Generalsekretariats im Westsahara-Konflikt und der Auswirkungen derselben auf die Zusammenarbeit der MINURSO mit New York und innerhalb der MINURSO selbst. Ohne irgendwelchen Durchstosslegenden huldigen zu wollen, ist es doch sehr auffällig, wie übereinstimmend alle militärischen und auch polizeilichen Vertreter der MINURSO den Stellvertreter von Botschafter Manz, den Geheimdienstkreisen seines Landes nahestehenden Pakistaner Rizvi, sowie den zweiten Stellvertreter, den Tunesier Ali Ouni, der einseitigen Kollaboration mit Marokko bezichtigen. Dies geht bis zur Anklage des Verrats (Rizvi wird ohne Umschweife der Auslieferung vertraulicher Sahraoui-Daten an Marokko in der vom "Independent" ausgebrachten "Disketten-Affäre" beschuldigt) sowie der Korruption (Kollusion marokkofreundlicher Zivilbeamter der MINURSO mit marokkanischen Verantwortlichen für die Versorgung der MINURSO). Es versteht sich von selbst, dass solche Verdächtigungen nicht dazu beitragen, die Beziehungen zwischen dem militärischen Teil der MINURSO (ca. 80 %) und dem erst rudimentär vorhandenen zivilen Element (20 %) in irgendeiner Weise zu verbessern.

Die bereits vom EMD-Projektleiter in seinem Bericht geschilderte miserable Versorgungslage der Militärbeobachter auf Aussenposten in der Wüste, und namentlich die Nichtauszahlung des für etliche Drittweltvertreter das einzige Einkommen darstellenden Taggelds, bilden natürlich den idealen Nährboden für allerlei Gerüchte betr. Geschäftemachereien der über die Finanzen gebietenden "Zivilen" auf dem Rücken der Militärs.

3. Der zweite "Grüne Marsch"

Der überfallartige Abtransport von "sahraouischen" Stimmrechtskandidaten marokkanischer Observanz in Nacht- und Nebelaktion aus dem Norden Marokkos nach Laâyoune über die letzten Monate wird überall bestätigt. Die Zeltstädte stehen dort zwar zur Zeit grossenteils leer, aber dies hat mit den ungewöhnlichen Regenfällen zu tun, die kürzlich

auf die Gegend niedergingen und Ueberschwemmungen erzeugten, was die lokalen Behörden zur provisorischen Unterbringung der Leute in Häusern zwang. Ferner sind sich die Beobachter einig, dass die Zufuhr neuer Stimmrechtskandidaten einstweilen gestoppt worden ist und sogar Rückreisen, namentlich der motorisierten unter ihnen, zu verzeichnen sind. Man erklärt sich dies mit dem Stocken des Referendumsplans, zweifelt aber nicht, dass die Betreffenden erneuten Marschbefehlen zu gehorchen gezwungen sein werden, wenn es soweit ist.

Trotz dem von oben verordneten Charakter des "Grünen Marsches" darf man sich aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser beim marokkanischen Volk nach wie vor sehr populär ist, auch bei der Opposition. Dies hat mit alten Abneigungen gegenüber den als Urhebern des ganzen Problems empfundenen Algeriern und anderen lokal kolorierten Ursachen zu tun. König Hassan (wegen der vielen Ohren der Obrigkeit im diplomatischen Korps mit Vorliebe "Karl-Heinz" genannt) besitzt hier tatsächlich eine Trumpfkarte, die sticht.

Abschliessend seien hier die allgemein als zutreffend geltenden Sahraouis-Zahlen wiedergegeben:

- Tindouf (algerisches Gebiet) und Westsahara östlich des marokkanischen Verteidigungswalls: 65'000 - 75'000, inklusive 9'500 Polisario-Kämpfer, aber auch unter Einschluss vieler Kinder;
- übriges Algerien: ca. 3'000;
- Mauretanien: ca. 5'000;
- Marokko: gegen 30'000;
- Westsahara-Kerngebiet (westlich des Walls): Kaum schätzbar, aber relativ geringer Basisbestand.

Dies ergibt zusammen etwa 100'000 Sahraouis, deren "Echtheit" von beiden Parteien anerkannt wird bzw. nicht ernsthaft bestritten werden kann. Zusätzlich zu diesen fordert Marokko die Anerkennung von zwischen 90'000 und 120'000 weiteren Stimmrechtsanwärtern. Davon waren bis zu einem gewissen Zeitpunkt schätzungsweise etwa 35'000 in Laâyoune zusammengezogen worden. Inzwischen sind sie jedoch wegen der erwähnten Verzögerung des UNO-Plans - wenigstens vorübergehend - wieder etwas zurückgegangen.

4. Die Polisario vor der Option eines "3. Wegs" zwischen Zugehörigkeit zu Marokko und Unabhängigkeit ("Autonomielösung")

Alle Gesprächspartner, die laufend Gelegenheit zu Treffen mit Kommandanten der Polisario haben, stimmten darin überein, dass sich diese Organisation zur Zeit in einer Position der Schwäche befindet und die UNO-Lösung des Konflikts mit Marokko für sie die letzte Hoffnung darstellt. Bei ihrer Schutzmacht Algerien macht sich die bekannte Hilfsmüdigkeit weiter breit, einerseits wegen des Ausfalls des sowjetischen Versorgungskanals im Rüstungsbereich und andererseits wegen innenpolitischer Probleme (FIS) sowie Neuausrichtungsansätzen in der maghrebischen Zusammenarbeit (UMA). Gemäss dem für die Verbindung der UNO zu Algerien und Polisario verantwortlichen Obersten Foran in Tindouf besteht kein Zweifel, dass die beiden auch einer "Lösung des 3. Wegs", d.h. einer internen Autonomie als Resultat von Neuverhandlungen, letztlich zustimmen würden, weil die militärische Versorgung der Polisario - im Gegensatz zur humanitären - immer schwieriger, ja unmöglich wird. Wer auf geringer Höhe hunderte und tausende von Kilometern Wüste in der Westsahara abgeflogen hat, wie dies MINURSO-Militärs regelmässig tun, begreift sofort, dass dieser Konflikt logistisch ein Fass ohne Boden ist. In der leeren Einöde gibt es keine militärische Entscheidung, weil die Polisario immer wieder marokkanischen Truppenkonzentrationen ausweichen kann, gleichzeitig aber - trotz militärischer Mittel, die sie klar zu einer konventionellen, und nicht zu einer Guerillaarmee machen - militärisch zu schwach ist, um den Marokkanern ernsthaft Schaden zuzufügen. Der eindrückliche Sand-Verteidigungswall schliesslich, der sich dem Beobachter im Flugzeug wie die grosse Mauer von China dartut, muss militärisch als Unsinn bezeichnet werden, der vor allem dazu dient, die marokkanische Armee zu beschäftigen (es stehen gegen 120'000 Mann in diesem Dispositiv) und sie von allfälligen Putschgelüsten gegenüber dem König abzuhalten.

Es ist wahrscheinlich, dass die Konfliktparteien auch für den Fall einer "Autonomielösung" Bedingungen anstreben, die ihren unterschiedlichen Aspirationen Rechnung tragen und in sich selbst ebenfalls nicht durchgehend widerspruchsfrei sein dürften. Die Polisario würde wohl - von Algerien unterstützt - versuchen, für die Einhaltung eines ausgehandelten Autonomiestatus UNO-Garantien zu erreichen, was eine Umwandlung des MINURSO-Mandats erheischen würde. Marokko dagegen scheint sich auf diese Variante dadurch vorzubereiten, dass es Dissidenz in der Polisario-Führung fördert und prominente Ueberläufer als Träger einer künftigen Autonomieformel "à la marocaine" aufbaut. Es hat damit in der letzten Zeit in einigen spektakulären Fällen Erfolg gehabt. Nach der Devise "La patrie est clémente et miséricorde" werden die Defektoren gehörig

belohnt, gefeiert und propagandistisch ausgeschlachtet. Und selbstverständlich dürfte der König auch ein Autonomieregime mit einer massiven Truppenpräsenz in seinem Sinne absichern und dadurch gleichzeitig die Armee besser unter Kontrolle halten wollen. Fazit: Auch eine ausgehandelte Autonomie bedeutet noch nicht unbedingt ein Ende des Schlichtungs- und Interpositionsbedarfs seitens der UNO. Und sollte es selbst dazu nicht kommen, so gewinnt die von vielen etwas resignierten Beobachtern als wahrscheinlich betrachtete Möglichkeit an Bedeutung, dass die MINURSO als reine Waffenstillstandsbeobachtungsmission - was sie de facto schon heute ist - auf unbestimmte Zeit fort dauert.

V. Abbaumöglichkeiten bei der SMU

Diesbezüglich sei zunächst auf die Ausführungen des Projektleiters in seinem erwähnten Reisebericht verwiesen. Er kommt zum Schluss, dass ein Abbau um 12 Personaleinheiten nach Abschluss der "Aufbauphase" und in Erwartung einer längeren "Uebergangsphase", ohne zusätzliches "deployment" weiterer MINURSO-Elemente, verkraftbar wäre. Da dieser Bericht nicht in erster Linie den operationellen Aspekten des MINURSO-Projekts gelten soll, sei hier dazu bloss erwähnt, dass gewissen Gesprächspartnern auch ein noch weiter gehender Abbau nicht völlig ausgeschlossen scheint. Die praktischen Schwierigkeiten wären immerhin beträchtlich und würden ein grundsätzliches Ueberdenken des bisherigen Einsatzkonzepts, mit 3 voll funktionierenden Kliniken, in Richtung einer vermehrten medizinischen Versorgung von der Hauptklinik Laâyoune aus voraussetzen. Eine Schwachstelle wäre wegen der bekannten Probleme des schweizerischen Milizsystems mit dem raschen Abruf von "Stand by"-Personal die schnelle Erstellung der Funktionsbereitschaft des gesamten Versorgungsdispositivs bei Anordnung des "full deployment". Immerhin würde diese Schwäche dadurch etwas gemildert, dass auch andere Länder aus organisatorischen Gründen nicht über Nacht in voller Kontingentsstärke im Feld stehen könnten. Und die spezifischen Bereitschaftsdaten der in den Augen der MINURSO wie der UNO bewährten SMU würden wohl von den Verantwortlichen in New York und in den Hauptstädten - auch nicht einfach in den Wind geschlagen.

Immerhin bleibt generell festzuhalten, dass ein Abbau mit Vorsicht zu planen ist und dass der UNO über die Möglichkeiten der SMU bei reduziertem Bestand klar Auskunft gegeben werden muss. Auch sollten Abbauoptionen nur in unmittelbarer Abstützung auf einigermaßen gesicherte Erkenntnisse betr. Dauer einer "Uebergangsphase" erwogen werden. Da formelle Anpassungen des Auftrags der SMU (i.S. einer Reduktion) seitens der UNO wohl kaum zu haben sind, muss sich die Schweiz u.U. selbst durch Notifikation ihrer eigenen Interpretation des Auftrags im Lichte der geänderten Umstände den notwendigen Manövrierraum schaffen.

Keine übertriebene Beachtung sollte nach Ansicht des Unterzeichneten bei Abbauüberlegungen die Frage spielen, ob die SMU für die MINURSO nicht zu viel tue, d.h. mehr als ihrem Grundauftrag entspricht. Die MINURSO ist mittlerweile zu einer Schicksalsgemeinschaft geworden, bei der alle gelegentlich von einander profitieren, sehr zum Nutzen des Ganzen. Und schliesslich dürfte es für den Peacekeeping-Neuling Schweiz eine wesentliche Erkenntnis sein, dass stures Pochen auf den eigenen Auftrag und Ablehnung von Hilfeleistungen darüber hinaus eben jenem Gemeinsinn zuwiderlaufen, der unter unseren Partnerländern ein bewährtes Klima der Zusammenarbeit hat entstehen lassen, das auch auf andere Gebiete ausstrahlt und an dem wir aus neutralitätspolitisch bedingter Abstinenz bisher kaum teilhatten.

VI. Information und Oeffentlichkeitsarbeit

Die bis zum Besuch unseres Projektleiters herrschende Informationssperre der MINURSO hat sich nach allgemeiner Ueberzeugung, vor allem auch derjenigen von General Roy, zum Nachteil der MINURSO ausgewirkt. Statt ihr - wie wohl beabsichtigt - in einem heiklen internationalen Klima politische Komplikationen zu ersparen, hat sie nach Ansicht der Gesprächspartner vor allem Marokko in die Hände gearbeitet, indem diesem das Feld der Propaganda weitgehend allein überlassen würde, mit dem Resultat des bekannten Bildes einer von Marokko einseitig manipulierten MINURSO ohne konkreten eigenen Leistungsausweis. Die Nützlichkeit ihres Einsatzes bei der Waffenstillstandsbeobachtung kam dabei in den Medien ebenso zu kurz wie diejenige der SMU bei der medizinischen Versorgung.

Wie diese Informationssperre zustandekam, bleibt nach wie vor einigermaßen unklar. Die Ursprünge liegen vermutlich irgendwo im Generalsekretariat. Aber diese Urheberchaft ist letztlich nicht entscheidend. Wichtig ist vielmehr, dass die Wichtigkeit einer offenen und objektiven eigenen Informationspolitik der MINURSO erkannt worden ist und dass eine entsprechende Informationspraxis im Entstehen ist. Es ist daher zu begrüßen, dass Hauptmann Krättli, beruflich Journalist, auf Wunsch von General Roy vom Informationsbeauftragten der SMU zum Beauftragten der ganzen MINURSO aufgestiegen ist.

Eine wichtige Aufgabe im Informationsbereich ist auch die Orientierung der SMU-Mitglieder selbst über die laufenden politischen Entwicklungen. Es wurde dem Unterzeichneten anlässlich einer einstündigen Aussprache mit den in Laâyoune anwesenden SMU-Mitgliedern eindrücklich vordemonstriert, wie anfällig auch durchaus solide Leute in der Abgeschiedenheit, unter extremen Bedingungen für Gerüchte und Falschmeldungen aller Art sind. Dem gilt es durch eine konstante und ausreichende Information vorzubeugen, wobei angesichts der kriti-

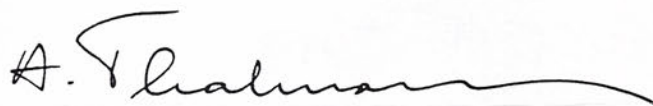
schen und aufgeweckten Haltung der SMU-Mitglieder auch eine gelegentliche spekulative Diskussion über politische Hypothesen pädagogisch konstruktiv und psychohygienisch läuternd wirken kann. Die SMU-Leute sind nun einmal Bürger in Uniform, und nicht gewöhnlich Berufssoldaten.

VII. Schlussfolgerungen

1. Das Aussprachepapier des EDA/EMD vom 28.11.91 betr. Fortsetzung der schweizerischen Beteiligung an MINURSO mit der SMU behält seine Gültigkeit. Der einseitige Rückzug der allseits geschätzten SMU ab 6. März 1991 nach dem Rücktritt von Botschafter Manz als Sonderbeauftragter des UNO-Generalsekretärs müsste aussen- wie innenpolitisch als Akt der Desolidarisierung gegenüber der MINURSO mit entsprechenden negativen Imagefolgen für unser Engagement im "Peacekeeping" empfunden werden. Sie sollte daher nicht erwogen werden.
2. Die Absichten des neuen Generalsekretärs bilden eine einstweilen noch kaum abschätzbare Grösse für die laufende schweizerische Lagebeurteilung. Die Bestimmung eines Nachfolgers für Botschafter Manz dürfte hier erste klärende Zeichen setzen. Die Schweiz muss sich jedenfalls darauf gefasst machen, dass im Zeitraum der Verlängerung des SMU-Einsatzes grundlegende Veränderungen im Mandat der MINURSO eintreten könnten. Im Vordergrund stehen einerseits die Aushandlung einer "Lösung des 3. Wegs", d.h. der vorne erwähnten Einigung der Parteien auf ein Autonomiestatus für die Westsahara innerhalb Marokkos, wohl mit anschliessendem Referendum zur demokratischen Legitimierung dieser Lösung, und andererseits die Umwandlung der MINURSO in eine reine Waffenstillstandsüberwachungsmission mit entsprechend angepassten Beständen. Letztgenannte Möglichkeit wäre wohl mehr oder weniger als Formalisierung der im erwähnten Aussprachepapier (S.) aufgeworfenen Variante eines Fortdauerns des gegenwärtigen unentschiedenen Zustandes auf unbestimmte Zeit zu betrachten (verbunden mit Verewigungsgefahren wie bei anderen solchen Operationen, so etwa UNTSO oder UNFICYP).
3. Die Schweiz muss sich im Laufe der kommenden Monate eine Meinung darüber bilden, ob sie bereit wäre, an der MINURSO auch unter den vorerwähnten veränderten Umständen mitzuwirken. Darüber sollte regelmässig nachgedacht werden.
4. In jedem Fall bleibt die schweizerische Beteiligung an MINURSO einem finanziell-innenpolitischen Rechtfertigungszwang hinsichtlich der eingesetzten Mittel, inkl. Personalbestände, ausgesetzt. Das Nichtmitmachen der nordischen Staaten an dieser Aktion limitiert

die Aussichten auf ein späteres "burden sharing" im medizinischen Bereich beträchtlich (es sei hier nur an die schwedischen Wünsche eines Ausstiegs aus der UNIFIL erinnert, was zeigt, dass das medizinische Personal für solche Zwecke auch in anderen Ländern begrenzt ist).

5. Der Öffentlichkeitsarbeit der MINURSO, über die MINURSO und innerhalb der MINURSO ist im Sinne einer systematischen, aktiven und vorausschauenden Informationspolitik vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken.
6. Die MINURSO ist für die Schweiz ein zwar mühsamer, aber notwendiger und aufschlussreicher Teil eines längeren Lernprozesses auf dem Weg zur Peacekeeping-Routine, die eben nicht nur aus "Schönwetterfällen" wie Namibia besteht. Gewisse feststellbare Schwächen des Milizsystems, namentlich im Bereich der raschen Personalrekrutierung bei unvorgeesehenen Entwicklungen der Lage, sind grundsätzlich zu überdenken.



Anton Thalmann